

Glück Auf

GLÜCK AUF
Mitteilungsblatt der KPÖ Fohnsdorf

www.kpoe-steiermark.at

Nummer 102, Juni 2006 - Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020, An einen Haushalt in Fohnsdorf

Zeitung der **KPÖ** Fohnsdorf

Therme: Das Hin und Her geht weiter – die Gemeinde muss zahlen

In einer kurzfristig einberufenen Gemeinderatsitzung setzte die SPÖ-Mehrheit eine Garantierklärung über 18 Millionen Euro (248 Mio. S) für das Thermenprojekt durch. Damit übernimmt die Gemeinde das volle Risiko.

KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser konnte diesem Weg nicht zustimmen: „Dieser unhaltbare Zustand geht auf Kosten der Bevölkerung.“

Die Kritik richtet sich auch gegen die ÖVP, die vor der Nationalratswahl politisches Kapital aus der Unendlichen Geschichte Therme Fohnsdorf schlagen will.

Die Gesamtkosten von 23 bis 25 Millionen Euro für das Thermenprojekt soll durch Gemeinde-Eigenmittel, einer Arge aus Baufirmen, Förderungen von Land und Bund und durch Fremdkapital aufgebracht werden. Anders als

immer angekündigt, wird fast kein Privatkapital eingesetzt werden.

Über einen Zuschuss von 2,5 Mio. Euro gibt es einen Grundsatzbeschluss des Landes, auf weitere 2,5 Mio. Euro der österreichische Förderbank Austria Wirtschaftsservice (aws) hofft man.

Am 19. Juni hat die Landesregierung der Gemeinde die beschlossene Garantierklärung genehmigt.

Hohes Risiko

Wie riskant das ist, zeigt eine einfache Rechnung:

Damit man die Schulden zurückzahlen kann, müssen pro Tag 548 Besucher in die Therme kommen,

240.000 pro Jahr. Die Therme ist für 600 Besucher konzipiert. Man geht also von einer sehr guten Auslastung aus. Jährlich muss man in Zukunft 1.179.000 Euro zurückzahlen.

Auf keinen Fall ist auf

diese Weise das Problem der Verschuldung der Gemeinde, die bereits 11,1 % ausmacht zu beheben.



Wir wünschen eine schöne und erholsame Ferien- und Urlaubszeit!

KPÖ Fohnsdorf, Gemeinderätin Elfriede Wieser, Redaktion Glück Auf

geben statt nehmen

KPÖ

<http://www.kpoe-steiermark.at>

**KURZ
BEMERKT...**

- ...dass der Gemeinderat in seiner Sitzung im Mai einstimmig die Empfehlungen des Prüfungsausschusses (Vorsitzende ist KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser) zur Kenntnis genommen hat. Gemeinderätin Wieser wies darauf hin, dass mit der Verlagerung einiger Summen auf die verschiedenen Konten finanztechnisch jongliert wird.
 - ... dass schon über 2.500 US-Soldaten im Irak umgekommen sind. Nach Spanien zieht auch Italien seine Truppen aus dem Krisengebiet an. Trotzdem geht die Besatzung weiter.
 - ... dass Bürgermeister Straner nach Fertigstellen der Therme das Hallenbad in Fohnsdorf zusperren will. Er hofft auf eine Ersparnis von mehreren hunderttausend Euro.
- Wir fragen, ob sich dann auch die Fohnsdorfer Pensionisten die teure Therme leisten können?
- dass die Feuerwehr Rattenberg vor kurzem ihren 100. Gründungstag feiern konnte.
 - ... dass es Menschen gibt, die ohne Geldeinsatz keinen Anstand kennen würden, (Einkaufswagerl zurückschieben, etc.).

**Preistreiberei im Energiebereich einen Riegel vorschieben:
Strom, Treibstoff, Pellets:
Eine Preisregulierung ist notwendig**

Die Öffnung der Landestankstellen für Privatkunden könnte laut KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger dazu führen, dass die Mineralölkonzerne gezwungen werden, die Preise für Dieseltreibstoff zu senken.



Die Teuerung in diesem Bereich spüren nicht nur Pendlerinnen und Pendler, sie wirkt sich auch auf die Preisentwicklung bei anderen Energieträgern aus. Holzpellets etwa wurden laut einer AK-Studie in nur zwei Monaten um 15,2 Prozent teurer.

Im Rahmen der Landtagsitzung in Juni schlug Kaltenegger vor, der Preispirale einen Riegel vorzuschieben, indem das Land Steiermark eigene Pelletieranlagen in strukturschwachen Regionen einrichtet. In Österreich liegt der Anteil von Pellettheizungen bei Neubauten bei ca. 35 Prozent. Von der

massiven Teuerung sind also sehr viele Haushalte betroffen, die vorher mit dem Argument geködert wurden, eine Pellet-Heizung würde sie unabhängig von den Mineralölkonzernen machen.

Pellets werden aus Säge- und Hobelspänen hergestellt und weisen im direkten Vergleich mit Heizöl eine wesentlich bessere Umweltbilanz auf: Der Energieaufwand für die Produktion beträgt 3 bis 4 Prozent der Endenergie, bei Erdgas sind es 10 und bei Öl sogar 12 Prozent. Dazu kommt, dass lange Transportwege entfallen.

Kaltenegger: „Im Windschatten der Preistreiberei bei Treibstoffen versuchen auch andere, gute Geschäfte zu machen. Die Pelletproduzenten, die auch vom Land großzügig unterstützt werden, nützen jetzt die Preisentwicklung auf dem Ölsektor, um tief in die Taschen der Haushalte greifen zu können. Die Errichtung von Pelletieranlagen wäre eine sinnvolle Aufgabe für die Landesholding, das Land könnte im Interesse der steirischen Bevölkerung als Preisregulator auftreten.“

FERIEN - EXTRAS

SOMMER 2006

Feriedorf am Turnersee in Südkärnten

HipHop-Woche 12.8.-19.8.

Wander-Wochen Musik- & Gitarre-Wochen 22.7.-29.7. 12.8.-19.8.

FERIENBÜRO GRAZ
03 16/829070
www.kinderland-steiermark.at

60 Jahre Kinderland Steiermark

Ferien mit Kinderland

Information und Anmeldungen:
R. u. Günther Drobesh, Franz-Lisztgasse 17, 5626
Elfi Wieser, Tel. 3532

EGAM / Bundeswohnungen: KPÖ-Initiative im Landtag

Auf Initiative von KPÖ-Landtagsabgeordneter Renate Pacher wurde der steiermärkische Landtag in Sachen EGAM-Privatisierung aktiv. Gegen die Stimmen der ÖVP wurde folgender Antrag beschlossen:

„Die Versorgung mit leistbarem Wohnraum gehört zu den Grundrechten, die EGAM-Wohnungen sind ein Stück Sozialpolitik. Wenn es keinen Widerstand gegen diesen Verkauf gibt, wird wieder ein Stück sozialer Wohnbau aufgegeben.“

Der Steiermärkische Landtag appelliert an die Bundesregierung, vom geplanten Verkauf der EGAM-Wohnungen Abstand zu nehmen. Sollte ein Verkauf nicht zu verhindern sein, wird die Landesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden eine Übernahme der EGAM-Wohnungen durch Land und Gemeinden zu prüfen.“

Der große Saal der Fohnsdorfer „Resti“ Ideal für Veranstaltungen und größere private Feiern!

Auch Dauervermietung möglich! Tel. 21 66



Anfragen unter: KPÖ-Fohnsdorf, Tel.: 03573/ 21 66

Androsch will niedrigere Löhne

Um Hannes Androsch, den „Retter der Arbeitsplätze“ im Ort, ist es in letzter Zeit bei uns stiller geworden. Seit einigen Wochen verbreitet er aber in den Medien die Idee, dass sich die Lohnerhöhungen nicht mehr an der Inflationsrate und der Produktivitätserhöhung orientieren sollten.

Das heißt „in die Sprache der einfachen Leute übersetzt, dass ein mehrfacher Euro-Millionär, der pro Tag mehr kassiert als viele seiner ArbeiterInnen bei AT & S im Monat, Reallohnerhöhungen für die meisten Menschen ablehnt.“

So schaut der Parade-Unternehmer der SPÖ aus.

Aus dem Steiermärkischen Landtag
Initiativen, Berichte, Dokumente
TÄGLICH AKTUELL:
UNTER
WWW.KPOE-STEIERMARK.AT
KPÖ

KPÖ-Gemeinderätin
Elfi Wieser
Tel. 0676 / 372 4677



Liebe Fohnsdorferin!
Lieber Fohnsdorfer!

Es kann sehr teuer werden

Die Frage der Zukunft des Thermenprojekts wird zur Zeit politisch ausgeschlachtet, das ist auf keinen Fall der Sinn der Sache. Die Bevölkerung von Fohnsdorf wird nur verunsichert, wenn sie jeden Tag etwas anderes hört. Einmal sagt die SPÖ, wie sie die Sache sieht, dann sagt die ÖVP das genaue Gegenteil.

Deshalb habe ich mich dazu durchgerungen, in nächster Zeit im Gemeinderat keine Zustimmung zu den immer neuen Thermen-Anträgen zu geben.

Dieser unhaltbare Zustand geht nämlich auf Kosten der Bevölkerung. Die Gemeinde hat schon sehr viel investiert. Das Thermenprojekt war der Schlager in mehreren Wahlkämpfen des abgelaufenen Jahrzehntes. Wenn es nach den Ankündigungen gegangen wäre, dann hätte es schon drei Spatenstiche gegeben.

Klar geworden ist nach dem letzten Beschluss aber nur eines: Die Gemeinde Fohnsdorf und damit wir alle als Steuerzahler haften durch unsere Garantieerklärung für die gesamten Verbindlichkeiten. Das kann noch sehr teuer werden.

Hoffentlich geht das alles gut aus. Sie werden aber verstehen, dass die KPÖ nicht die Katze im Sack kaufen will.

Glück auf!

Ihre Gemeinderätin
Elfriede Wieser



KPÖ
FOHNSDORF

Börsenreife Post: Hohe Gebühren für „Aktienfeuerwerk“

Der Börsengang der Post bringt Gewinne auf dem Aktienmarkt, er ist aber mit Personalabbau, Schließung von Postämtern und gravierenden Verschlechterungen im Service erkaufte worden. Statt mediale Lobeshymnen auf die Privatisierung zu verkünden und von einem Aktienfeuerwerk zu reden, sollte man gerade jetzt auf diese negativen Tatsachen hinweisen.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder untermauerte die-

se Haltung mit folgendem konkreten Beispiel:

Vor kurzem tätigte eine Grazerin eine Geldanweisung per Post, und zwar von einem Grazer Postamt in ein anderes Grazer Postamt. Der Anweisungsbetrag war 200 Euro.

Vom Postbeamten wurde die Dame darauf hingewiesen, dass dieses Geld nicht mehr zugestellt und dass auch der Empfänger von der Hinterlegung nicht mehr verständigt wird. Man muss den Empfänger von der Geldanweisung selbst verständigen.

Die Gebühr für diese Anweisung betrug 6,50 Euro, das sind rund 89,00 Schilling.

Parteder: „Börsenreif sein heißt also für ein Unternehmen, dass es weniger Leistung anbietet, dadurch auch weniger Bedienstete beschäftigen muss und dass gleichzeitig die Kosten für diese Leistung erhöht werden.

„Börsenreife“ ist also mit rücksichtslosem Streben nach Gewinnmaximierung gleichzusetzen.

Die steirische KPÖ tritt dagegen für einen starken

öffentlichen und gemeinnützigen Sektor ein. Dazu gehört eine leistungsfähige Post im staatlichen Eigentum, die nicht der Profitmaximierung, sondern einer qualitativ hochstehenden Versorgung der gesamten Bevölkerung verpflichtet ist.“



Ernest Kaltenegger, geboren 1949 in Rötsch bei Obdach, ist ein steirisches KPÖ-Urgestein. Er machte sich in Graz als „Engel der Mieter“ einen Namen. Seit 2005 ist er Landtagsabgeordneter und Klubobmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ernest Kalteneppers Fachbereichs sind Wohnbau, Bau- und Raumordnung, Abwasser, Abfall, Verkehr, Telekommunikation und andere.

Er ist unter Tel. (0316) 877-5104 oder per email unter ernest.kaltenegger@stmk.gv.at erreichbar.



Teures Wohnen? Schulden? Probleme mit Pension?

Notruf 0316/ 877 5104

**Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!
Termine in der RESTI werden gesondert bekanntgegeben**



in Stadt



KPÖ

KPÖ – Anwältin der Menschen über 45

Konkrete Forderungen für ältere Menschen aufgestellt

„Die steirische KPÖ versteht sich als Anwältin der Menschen über 45“. Das stellte Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder fest. „Gerade die älteren Menschen spüren den Sozialabbau, die steigenden Belastungen und die Verschlechterungen beim Pensionssystem besonders stark. Sie sollen länger arbeiten und werden als erste in die Arbeitslosigkeit geschickt. Selbstbehalte im Gesundheitssystem treffen sie ebenfalls stärker als Jüngere.“

Deshalb stehen die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter auch im bevorstehenden Nationalratswahlkampf im Zentrum unserer Vorschläge.

Parteder: „Daher fordern wir eine

- Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Pensionen und Gesundheit, Rücknahme der Pensionsreform,

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder ist Spitzenkandidat der Partei für die Nationalratswahl im Herbst.



- Die Sicherung der Mitfinanzierung des Staates für sichere Pensionen und die
- Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen“.

Eurofighter – NEIN DANKE

Die Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.

geben
statt
nehmen

KPÖ

Sepp-Kampl-Preisschnapsen in der Resti



Mit einem Rekordbesuch war das Preisschnapsen beim Sepp-Kampl-Gedenktornier in der Resti sehr erfolgreich. Preisträger waren diesmal Werner Richter (1. Preis), Wolfgang Weiser (2.) und Gerd Wieser (3.). Als beste Frau konnte Isolde Ziernitzer ausgezeichnet werden.



BALD KEIN GELD MEHR

Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.

Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häuslbauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land lang-

fristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil gereichen.

Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen.

Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmitteln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gewährstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbauressort ab.



Eine Verschärfung der Probleme droht im sozialen Wohnbau wenn das Land weitermacht wie bisher.

Alarmsignale

Ernest Kaltenegger: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwinglichen, geförderten Neubauwohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letzt-

endlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“

Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenegger.

ABKASSIEREN: SAFTIGE ERHÖHUNG FÜR POLITIKER 2,3 Prozent mehr Geld in die Säcke der Politiker

Während die KPÖ weiter auf weniger Bezüge für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion zu geringeren Bezügen für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren“, ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abgeordneten im Nationalrat.

Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politi-

kerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am Ausgleichszulagenrichtsatz orientieren.

„SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die

Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenegger.

Die KPÖ-Mandatare ver-

wenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

Was Politiker ab 1. Juli verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Bundespräsident	22.134 Euro
Bundeskanzler	19.762 Euro
Vizekanzler mit Ressort	17.391 Euro
Nationalratspräsident	16.601 Euro
Minister	15.810 Euro
Landeshauptmann Steiermark	15.020 Euro
Landeshauptmann Stv.-Stmk	14.229 Euro
Landesräte	13.439 Euro
Volksanwalt	12.648 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.905 Euro
Nationalratsabgeordnete	7.905 Euro
Landtagsabgeordnete Steiermark	5.138 Euro
Bürgermeister Graz	12.242 Euro
Leiter Landesrechnungshof	8.300 Euro

15 MILLIONEN SPARPOTENZIAL STEWAG-STEAG-Kunden bezahlen zu viel

Den wenigsten Kunden gelingt es, ihre Stromrechnung zu entschlüsseln. Könnte es sein, dass der größte Stromlieferant – STEWAG-STEAG seine Kunden gezielt „desinformiert“?

Während der letzten Jahre finden STEWAG-STEAG-Kunden auf ihren Strompreissetzungen Preisbestandteile wie Arbeitspreis, Energiepreis, Stromkosten, Verbrauchspreis, Grundgebühr, Energiekosten und wieder Stromkosten. Man muss ein Experte sein um nachvollziehen zu können, was sich dahinter verbirgt. In den Stromrechnungen der STEWAG-STEAG werden Netzkosten mit Energiekosten immer wieder vermischt! Soll der Kunde tatsächliche Energiepreiserhöhungen nicht nachvollziehen können?

Zuletzt beglückte uns die STEWAG-STEAG mit einer Kundenmitteilung, dass ab Jänner 2006 die Energiepreise wegen gestiegener Beschaffungskosten angehoben werden, verbunden mit der Mitteilung, dass die Stromlieferung eingestellt



wird, wenn man der Energiepreiserhöhung widerspricht.

Kunden geneppt

Gleichzeitig gab es mit 1. Jänner 2006 eine Reduktion der Netztarife, die von der STEWAG-STEAG offenbar nicht an

ihre Kunden weitergegeben wurde. Offenbar genehmigt sich die STEWAG-STEAG eine Energiepreiserhöhung im Ausmaß dieser Netztarifsenkung – ohne die Kunden darüber zu informieren. Durch diese Vorgehensweise werden die Bemühungen der Regulierungsbehörde, die Netzpreise zu senken, unterlaufen.

Auch bei der Grundgebühr wurde die Reduktion des Leistungspreises ab 1. Jänner 2006 den Kunden nicht weitergegeben, sondern im betragsmäßig gleichen Ausmaß der Grundpreis erhöht.

Es schaut so aus, als zahlen die Haushaltsstromkunden für die verfehlte Beteiligungs politik der ESTAG. Würden alle STEWAG-STEAG-Kunden zu dem Billigstanbieter für die Energielieferung in Österreich wechseln, würden sie sich ohne Wechselbonus ca. 15 Millionen Euro jährlich ersparen! Die KPÖ hat daher im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem der Eigentümervertreter der ESTAG, Landeshauptmann Voves, aufgefordert wird, einen Tarifbeirat einzurichten.

Fohnsdorfer Gemeinderat für Kindererholungsaktionen

Einstimmig hat der Gemeinderat folgenden Antrag von KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser angenommen:

„Der Gemeinderat von Fohnsdorf er sucht das Land Steiermark, die Kindererholung im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes wieder als sozialen Dienst aufzunehmen und Finanzmittel aus dem Jugendwohlfahrtstopf dafür zu verwenden.“

In der Begründung heißt es:

„Kindererholungsaktionen haben in der Steiermark seit 1946 eine große Bedeutung. In den Nachkriegsjahren stand im Vordergrund, die Unterernährung zu bekämpfen. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Anforderungen an eine Kindererholungsaktion grundlegend geändert. Was jedoch geblieben ist, ist die unbetrittene Notwendigkeit dieser Einrichtungen.“

In der Vergangenheit wurden diese Aktionen zum Großteil von Krankenkassen, Gemeinden, der Jugendwohlfahrt, Sozialhilfeverbänden, dem Land Steiermark, BetriebsrätInnen, der Arbeiterkammer, Versicherungen u.a. aktiv in Form von Zuschüssen an die Eltern unterstützt. Vor fünf Jahren haben die Krankenkassen (bis auf wenige Ausnahmen) diese Leistungen vollständig gestrichen.

Das Land Steiermark hat vor drei Jahren die Förderungen massiv gekürzt, was zur Folge hatte, dass Erholungsturnusse wesentlich teurer wurden. Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien war daher ein Ferienaufenthalt nicht mehr möglich. Aber auch für viele Familien aus der Mittelschicht ist dies ohne Zuschüsse kaum mehr finanzierbar.

Das Land Steiermark sollte sich der sozialen Verantwortung für diese wichtige soziale Maßnahme bewusst werden und die Förderungen für Kindererholungsaktionen erhöhen.“



Das Kinderland-Feriendorf am Sablatnigsee/Turnersee in Kärnten: Angeboten werden heuer **Wanderwochen** mit dem geprüften Wanderführer Jürgen Roßoll. Weiters gibt es in der **HipHop Woche** Grundkenntnisse über Geschichte und typische Eigenheiten des Hip Hop zu erfahren – mit Beate Senekowitsch. Zuletzt eine **Gitarren-/Musikwoche** mit dem Lehrer und Liedermacher Rudi Burda. Info und Anmeldung: Kinderland Steiermark: Tel. 0316/829070, www.kinderland-steiermark.at

**KLEIN,
ABER MIT BISS**



Ein teurer Geländewagen wird also neues ESTAG-Dienstauto. So gehts sicher leichter zur Dienst-Jagd.

ÖGB-BAWAG-SPÖ

Am Vormittag des 1. Mai hat ÖGB-Präsident Hundstorfer auf der Tribüne noch starke Worte gefunden, am Abend des selben Tages hat er dann im Bundeskanzleramt der Offenlegung des ÖGB-Streikfonds gegenüber der Nationalbank zugestimmt. Das zeigt, wie schwer der Schaden ist, den der BAWAG-Skandal der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat. Es geht so weit, dass man nicht einmal mehr von einer Autonomie des ÖGB gegenüber dem Staat reden kann.

Man hat gemacht, was man auf keinen Fall machen soll, und letzten Endes in der Karibik eine wichtige Errungenschaft der Ge-

werkschaftsbewegung, ihre Autonomie gegenüber Staat und Kapital, verspielt.

In einer Zeit des Sozialabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der unselbständig Beschäftigten sollten sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung darauf besinnen, für wen sie eigentlich da sind. Das sind auf keinen Fall die Abkassierer, die ganz oben zu finden sind.

In der Welt des Finanzkapitals geht es zu wie im Kasino. Man spielt Hasard – und zwar um Milliardenbeträge. Zahlen müssen aber meist nicht die Manager und die Spitzenpolitiker. Für die Kosten von Pleiten oder von riskanten Geschäften soll die Allgemeinheit aufkommen.

Peter Scherz ist der Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.



Der ÖGB kommt mit seiner inzwischen ungeliebten Bank BAWAG nicht aus den Schlagzeilen. Am Dach des neuen ÖGB-Quartiers in Graz gibt es übrigens kein Luxus-Penthouse.

Die Fälle BAWAG, ÖGB und Arbö sagen leider mehr über das Wesen der SPÖ-Führung aus als ihre schar-

fen Wahlkampfreden gegen den Neo-Liberalismus und gegen die unsoziale Politik der Regierung.



NEUE KPÖ-GRATISZEITUNG

Die „Steirische Volksstimme“ ist das die neue Gratis-Zeitung des Landtagsklubs der steirischen KPÖ. In diesem Blatt erfahren Sie mehr über Arbeit und Anliegen der KPÖ und über die Hilfe, welche die Mandatäre leisten. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, fair und objektiv über jene Themen zu informieren, welche die Steirer bewegen.

Falls sie diese Zeitung regelmäßig kostenlos und unverbindlich zugeschickt erhalten möchten, rufen Sie uns an (0316/ 5102) oder oder schicken Sie uns ein E-Mail!

Ganz besonders interessieren uns Ihre Meinungen, Anliegen und Wünsche. Schreiben Sie uns!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz, Fax. 0316/877-5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Umfrage ÖGB:

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie! Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wie soll die Gewerkschaft nach dem BAWAG Skandal reformiert werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Auflösung und Neugründung einer unabhängigen Gewerkschaft
- 2.) Fortbestand nach Austausch der alten Funktionärsriege
- 3.) Ersatzlose Abschaffung

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An die

Glück Auf

co KPÖ Fohnsdorf
 Resti, Josefiplatz 3
 8753 Fohnsdorf

Tel. u. Fax: 03573 / 2166